



Hannoverscher Appell „Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!“

Die soziale Mitte in unserer Gesellschaft schwindet immer mehr. Armut und Reichtum nehmen deutlich zu, womit sich auch in Niedersachsen der Trend zur sozialen Polarisierung verstärkt.

Immer mehr Menschen können nicht von ihrer Arbeit leben. Niedriglöhne, prekäre Arbeitsverhältnisse, geringfügige Beschäftigung, sinkende Realeinkommen und Arbeitslosigkeit tragen dazu bei, dass die Einkommen in vielen niedersächsischen Haushalten nicht mehr ausreichen, um das Existenzminimum zu sichern. Niedriglöhne und Lohndumping treffen nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sondern auch deren Familien und hier besonders die Kinder.

Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass große Teile der Bevölkerung trotz eines Jobs ihre Familien nicht mehr ernähren können. **Dem Hungerlohn folgt oftmals die Hungerrente.** Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Mindestsicherung für das Alter.

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist ein wichtiger Baustein, um die Armut in Deutschland zu stoppen. Bei der Bundestagswahl haben die Menschen in Deutschland die Wahl: Sie können für eine bessere Zukunft abstimmen. **Wir, die Unterzeichner, und mit ihnen viele Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute aus unterschiedlichsten Betrieben fordern die Wählerinnen und Wähler auf, bei der Bundestagswahl ihre Stimme für den Mindestlohn abzugeben.** Die Parteien dürfen sich nicht mehr vor einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn drücken!

Wir fordern:

Kein Lohn mehr unter 7,50 Euro – der Mindestlohn per Gesetz muss schnell auf 9,00 Euro angehoben werden.



Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

